



Cocktailparty auf der Terrasse des Rockefeller Center in New York



Verlassenes Stadtviertel in Detroit

WOHLFAHRT

# Auf dem Weg nach unten

Während sich Amerikas Superreiche selbst dafür feiern, dass sie Milliarden spenden, geht es dem Rest des Landes schlechter denn je. Selten zuvor hatte die USA so viele Langzeitarbeitslose. Die Kluft zwischen den Ärmsten und der Spitze der Gesellschaft hat sich dramatisch geöffnet.

Ventura ist ein kleines Städtchen am Pazifik, rund eine Autostunde nördlich von Los Angeles. Es gibt Strände für Surfer und Villen am Hang mit Meerblick. Ventura ist Märchenbuch-Kalifornien. „Eine gutsituierte Gegend“, sagt Captain William Finley. „Aber fast 20 Prozent der Einwohner sind inzwischen von Obdachlosigkeit bedroht.“ Finley ist Chef der örtlichen Heilsarmee.

Im vergangenen Sommer hat Ventura unter Finleys Leitung ein Pilotprojekt gestartet, wodurch innerhalb des Stadtgebiets das Übernachten im Auto erlaubt ist. Normalerweise ist das streng verboten, nicht nur hier, sondern überall im Land. Man wollte nachts keine schrammeligen Minibusse voller mexikanischer Wanderarbeiter vor den Häusern parken sehen.

Aber irgendwann Anfang vergangenen Jahres haben die Menschen in Ventura festgestellt, dass nachts vor ihren Einfahrten keine alten Klapperkisten parken, sondern gepflegte Kombis. Und dass die darin schlafenden Menschen keine Obstpflücker oder Obdachlose sind, sondern ihre eigenen ehemaligen Nachbarn.

Und William Finley hat auf einmal festgestellt, dass nicht nur doppelt so viele Menschen wie sonst zur kostenlosen Essenausgabe seiner Hilfsorganisation kamen, sondern dass manche sogar im BMW vorfuhren – solange sie den teuren Wagen noch hatten, der sie an eine andere, eine bessere Zeit erinnerte.

Finley nennt sie „die neuen Armen“. „Es ist eine ganz andere Kategorie von Leuten, die wir hier in unserer Arbeit niemals zuvor gesehen haben, die niemals in ihren wildesten Träumen geglaubt hätten, sie könnten einmal von Obdachlosigkeit bedroht werden.“ Menschen, die bis vor kurzem noch ausreichend Geld hatten, manchmal sogar viel.

„Ich bin selbst arm aufgewachsen, da fuhr man ein verbeultes, altes Auto und lebte von Essenspenden“, sagt Finley. „Früher kam man aus der Armut und war auf dem Weg nach oben.“ Das war der amerikanische Weg, den Millionen gingen. „Heute sehen wir Leute zu uns kommen in Autos, die 50 000 Dollar gekostet haben, Leute, die gerade noch ein großes Haus besaßen, die jetzt am Ende ihrer Weisheit sind und ihren ganzen Stolz schlucken müssen“, sagt Finley.

Heute geht der amerikanische Weg oft in die andere Richtung, nach unten.

Dabei schien es für eine Weile so, als wäre Amerika auch aus der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten erstanden wie aus jeder anderen zuvor: kräftig, schwungvoll, unbeschadet.

Schon im vergangenen Herbst wurde wieder neues Wachstum verkündet, viel früher als erwartet. Die eben noch todgeweihten Banken verdienten wieder Milliarden. Landesweit melden die Unternehmen kräftige Zuwächse. Der Aktien-

markt ist fast wieder auf Vorkrisenniveau. Sogar die Zahl der Millionäre wuchs 2009 um satte 17 Prozent.

Vorvergangene Woche dann kündigten 40 Superreiche rund um den Microsoft-Gründer Bill Gates an, die Hälfte ihres Geldes zumindest nach ihrem Tod spenden zu wollen. Ein Land so voller Überfluss, dass Milliarden einfach verschenkt werden können?

Man kann die Gates-Gründung auch anders interpretieren, als Image-Aktion, denn die Superreichen der USA spüren, dass sie zwar schon wieder zu den Gewinnern der Krise zählen, dass aber im Gegenzug die Zahl der Verlierer enorm gestiegen ist. Und dass der Ärger auf „die da oben“ in der US-Gesellschaft wächst.

In den unteren Einkommensregionen kommt vor allem an: Der Aufschwung fällt bereits wieder in sich zusammen. Experten fürchten, die US-Wirtschaft wird auf viele Jahre schwächeln. Und trotz vieler staatlicher Hilfsprogramme erreichte das bisschen Hoffnung bislang kaum die breite Masse. Im Gegenteil: Für viele geht es weiter dramatisch abwärts.

Mai 2010

15,0 Mio.

9,7 %

6,8 Mio.

Okt. 1992

Arbeitslose insgesamt  
9,4 Mio.

Arbeitslosenquote  
7,3 %

Langzeit-arbeitslose\*\*  
2,2 Mio.

## Neue Dimension

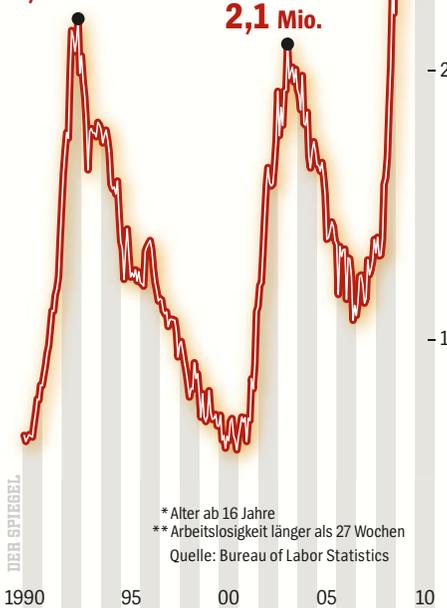
Arbeitslosigkeit in den USA\*

Juni 2003

9,3 Mio.

6,3 %

2,1 Mio.



70 Prozent der Bevölkerung glauben laut einer jüngsten Umfrage, dass die Rezession noch voll im Gange sei. Und diesmal sind es nicht nur die ohnehin schon Armen, die, wie sonst während Rezessionen, besonders hart erwischt werden.

Betroffen sind nun vor allem auch die gutausgebildeten und bislang gutverdienenden Leute. Diejenigen, die sich als solide Mittelklasse begreifen. Und die sich nun so bedroht fühlen wie nie zuvor in der Geschichte des Landes: Vier von zehn Amerikanern, die sich dieser Schicht zurechnen, glauben, dass sie ihren sozialen Status nicht werden halten können.

„Und tschüs, Mittelklasse“ titelte bereits die „New York Post“ und präsentierte ihren Lesern „25 Statistiken, die belegen, dass die Mittelklasse in Amerika systematisch zerstört wird“. Die führende Online-Kolumnistin Arianna Huffington warnte vergangene Woche geradezu apokalyptisch: „Amerika läuft Gefahr, zu einem Dritte-Welt-Land zu werden.“

Tatsächlich droht den USA nach der noch nicht ausgestandenen Immobilien-, Finanz-, Wirtschafts- und schließlich Schuldenkrise nun eine soziale Eiszeit, wie sie das Land seit der Großen Depression nicht mehr gesehen hat.

Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg erleben die USA das Problem Langzeitarbeitslosigkeit. Bereits jetzt gibt es dreimal mehr Langzeitarbeitslose als während jeder Krise zuvor, Tendenz: weiter steigend.

Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote über ein Jahr nach dem offiziellen Ende der Rezession bei konstant über 9,5 Prozent. Aber das sind nur die amtlichen Zahlen. Rechnet man die Menschen hinzu, die bereits die Suche aufgegeben haben oder sich nur mit einem Teilzeitjob für wenige hundert Dollar im Monat über Wasser halten und derweil alte Reserven aufzehren, liegt sie bei über 17 Prozent.

Das Landwirtschaftsministerium spricht in seinem aktuellen Jahresbericht von zunehmender „Ernährungsunsicherheit“. 50 Millionen Amerikaner hatten zeitweise nicht genügend zu essen. Jeder achte erwachsene Amerikaner und jedes vierte Kind leben mittlerweile von staatlichen Essenmarken. Es sind fast unglaubliche Zahlen für das reichste Land der Erde.

Und was noch gefährlicher ist: Amerika, stets geprägt von unerschütterlichem Aufstiegs glauben, der Gewissheit, dass es hier jeder von ganz unten nach ganz oben schaffen kann, fängt an, seinen berühmten Optimismus zu verlieren. Eine deutliche Mehrheit der US-Bürger erwartet neuerdings, dass es ihren Kindern schlechtergehen wird als ihnen selbst.

Viele Amerikaner müssen nun feststellen, dass ihr amerikanischer Traum zuletzt eher ein Fiebertraum war. Die Realität ist bitter: immer weniger Jobs, seit Jahrzehnten stagnierende Löhne, dramatisch wachsende Ungleichheit. Erst in den



**Obdachlose in Atlanta, Präsident Obama beim Besuch einer Ford-Fabrik in Chicago: Warten auf Jobs, die nicht kommen**

vergangenen Monaten, in denen die Wirtschaft wuchs, aber die Jobs doch nicht zurückkamen, in denen die Gewinne sprudelten, aber die Armut jede Woche zunahm, scheint das Land die Einsicht gewonnen zu haben, dass es mit einer grundsätzlichen, mit einer strukturellen Krise zu kämpfen hat, die sich schon lange vorher angebahnt hatte. Dass die Finanzkrise nur der endgültige „Wendepunkt zum Schlechten“ war, wie die „Washington Post“ schreibt.

Der Aktien- und Immobilien-Boom, die wilde Schuldenmacherei und das Konsumfieber haben nur lange verdeckt, dass 30 Jahre Wirtschaftswachstum an der breiten Masse fast spurlos vorbeigegangen sind. 1978 lag das Durchschnittseinkommen von Männern in den USA bei 45 879 Dollar. 2007 waren es inflationsbereinigt 45 113 Dollar.

Wo aber ist dann all das Geld gelandet? All die riesigen Börsen- und Unternehmensgewinne, die Profite des Finanzmarkt-Booms und das in den vergangenen 30 Jahren um 110 Prozent gewachsene Brutto sozialprodukt? Bei denen, die immer schon mehr als genug hatten.

Während das Einkommen von 90 Prozent der Amerikaner seit 1973 nur geringfügig stieg, haben sich die Einkünfte der absoluten Top-Verdiener fast verdreifacht. 1979 ging ein Drittel aller Profite, die das Land erwirtschaftete, an das reichste Prozent der amerikanischen Gesellschaft. Heute sind es fast 60 Prozent. 1950 verdiente ein Firmenchef im Schnitt 30-mal mehr als ein einfacher Arbeiter. Heute sind es 300-mal so viel. Ein Prozent der Amerikaner teilt sich heute 37 Prozent des gesamten Volksvermögens.

Die Ungleichheit ist so groß wie seit den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr. Nur hat das bislang kaum jemanden gestört.

In Amerika ist der freie Markt die oberste Instanz. Wer wenig Geld verdient, ist selbst schuld. Wer viel verdient, dem wird applaudiert – und nachgeeifert. Viel zu lange wurde dabei übersehen, dass dieser Aufstieg immer seltener gelang.

Statistisch liegt die Chance von weniger wohlhabenden Amerikanern, in die

obere Mittelschicht aufzusteigen, bei vier Prozent – niedriger als in fast jedem anderen Industriestaat.

Die Politik findet bislang keine Antworten auf die sich verschärfende soziale Krise. Washington wartet immer noch auf die Jobs, die nicht kommen. Es scheint, als würden Präsident Barack Obama und seine Regierung einfach darauf vertrauen, dass sich die Amerikaner selbst aus dem Sumpf ziehen. Am besten so, wie sie es immer getan haben: indem sie Geld ausgeben. Für zwei Drittel der amerikanischen Wirtschaftsleistung ist der Binnenkonsum verantwortlich.

Aber obwohl Ben Bernanke, Chef der Notenbank Federal Reserve, weiter Geld in den Markt pumpt, obwohl das Staatsdefizit mittlerweile die atemraubende Höhe von 1,4 Billionen Dollar erreicht hat – es zeigen sich keine Erfolge.

„In Amerika gehen die Lichter aus“, donnerte Nobelpreisträger Paul Krugman vergangene Woche und beschrieb Kommunen, die sich nicht mal mehr den Unterhalt ihrer Straßen leisten können.

Denn das Problem ist: Viele Amerikaner können gar nicht mehr konsumieren. Sie haben keine Ersparnisse. Ihre Häuser sind teils nur noch die Hälfte wert. Sie

bekommen keine billigen Kredite mehr. Sie verdienen weniger Geld oder sind arbeitslos. Und entsprechend sind sie auch nicht mehr in der Lage, Steuern zu zahlen.

Viele Bundesstaaten und Gemeinden haben deshalb mit riesigen Haushaltslöchern zu kämpfen. Auf Hawaii fällt in manchen Wochen freitags die Schule aus, um dem Staat Kosten zu sparen. In Georgia hat ein Landkreis seinen gesamten öffentlichen Busverkehr einfach eingestellt. In der 380 000-Einwohnerstadt Colorado Springs wurde ein Drittel aller Straßenlampen abgeschaltet, um Strom zu sparen.

Vieles scheint in Amerika nach der Finanzkrise nicht zusammenzupassen. Einerseits drückt die Notenbank ständig frisches Geld, und die Regierung pumpte allein 182 Milliarden Dollar in die Rettung von AIG. Andererseits gehen in manchen Gegenden tatsächlich die Lichter aus, weil Washington keine Finanzhilfen gewähren will und dies mit Sparzwang begründet. „Amerika ist auf einem unbeleuchteten, un asphaltierten Weg ins Nirgendwo“, warnt Ökonom Krugman.

Chanelle Sabedra ist bereits unterwegs. Fast drei Wochen hat sie gemeinsam mit ihrem Mann im Auto geschlafen. „Das hätte ich nie erwartet, nie, nie, nie“, sagt Chanelle. Ihr kommen die Tränen. „Ich komme schon irgendwie klar, aber es ist so hart für die Kinder.“ Sie hat drei, sie sind neun, fünf und drei Jahre alt.

„Wir hatten ein Haus weiter südlich, in San Bernadino.“ Im Juli 2009 verlor ihr Mann seinen Job, er hat Fertighäuser gebaut. Der Energieversorger drehte das Gas ab. „Wir haben das Wasser auf dem Grill heiß gemacht, um unsere Kinder zu baden.“ Im August wurden sie aus dem Haus geworfen, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen konnten.

Freunde und Verwandte konnten kaum helfen. Jetzt haben sie ein Zimmer im Obdachlosenheim der Heilsarmee im Stadtzentrum von Ventura, das von Captain Finley geleitet wird.

Der direkte Absturz in die Obdachlosigkeit ist eine Realität, die schwer zu verstehen ist, wenn man an die Bilder denkt, die jeder aus Fernsehserien und Filmen

## Wenigen gehört viel

Das obere **1%** der Bevölkerung besitzt ...

... **37,1%** des Gesamtvermögens in den USA.

Schätzung 2009  
Quelle: Levy Institute

**+3,7** Veränderung gegenüber 2001, in Prozentpunkten

Den unteren **80%** der Bevölkerung gehören ...

... **12,3%**

**-3,3**

kennt. Dort sind die Vorgärten immer gepflegt, und an jeder Doppelgarage ist ein Basketballkorb montiert. Es gibt dieses Amerika, aber es wird kleiner. Und wer wenigstens die Illusion am Leben hält, kann sie sich oft kaum noch leisten.

Seit 20 Jahren bereits haben Amerikas Bürger mit steigenden Kernaussgaben zu kämpfen: Schon Anfang des Jahrtausends mussten Familien doppelt so viel für Krankenversicherungen und Hypotheken zahlen wie noch eine Generation zuvor.

„Um damit klarzukommen, haben in Millionen Familien bereits beide Eltern arbeiten müssen“, sagt Harvard-Professorin Elizabeth Warren, die von Präsident Obama zur Chefaufseherin für die staatliche Bankenrettung eingesetzt wurde. Die durchschnittliche Familie habe ihr ganzes Einkommen und ihre Ersparnisse bereits aufgebraucht, „nur um sich über Wasser zu halten“, so Warren.

Für alle anderen Ausgaben – Bildung, Gesundheit, Konsum – begannen die Amerikaner deswegen auf Pump zu leben. Die privaten Schulden liegen bei 13,5 Billionen Dollar.

Viele drohen nun unter ihrer Schuldenlast zu erstickten. 61 Prozent der Amerikaner leben ohne Reserve von einem Gehaltsscheck zum nächsten. Selbst eine Krankenhausrechnung kann dann existenzielle Folgen haben.

Der Mann von Chanelle Sabedra hat zwar wieder einen Job gefunden, als Lagerarbeiter in einer Firma, die Flugzeugturbinen herstellt. Aber das reicht noch nicht für den Abschied aus dem Obdachlosenheim: „Ich habe bisher keine Arbeit gefunden“, sagt Chanelle. Der Job ihres Mannes ist zu schlecht bezahlt. Das Paar ist bei den „working poor“ angekommen, den in den USA immer zahlreicher werdenden arbeitenden Armen, für die nicht einmal zwei Niedriglohn-Jobs reichen, um die Familie zu ernähren. „Allein um meine Jüngste halbtags in den Kindergarten zu geben, brauche ich mindestens 600 Dollar im Monat“, sagt Chanelle.

Im Amerika vor der Rezession hätten sie und ihr Mann auf je zwei Jobs gearbeitet, um sich wieder nach oben zu kämpfen. Sie hätten tagsüber an der Kasse bei Walmart geschuftet, am frühen Abend bei McDonald's am Herd oder die halbe Nacht noch als Wachmann oder Putzfrau. Alles schlechtbezahlte Jobs und ohne große Perspektiven, aber zusammengenommen eben genug, um über die Runden zu kommen. Im Amerika vor der Rezession war das Leben für Chanelle nicht üppig, aber es hat gereicht, wenn man nur hart genug arbeiten wollte. Wenn man nur bereit war, genug von sich selbst aufzugeben.

Nach was für Jobs sucht sie nun? „Ich versuche alles, Verkäuferin oder Arzthelferin, ich schreibe jeden Tag Bewerbungen, aber es gibt nichts“, sagt sie.

THOMAS SCHULZ

WAFFENINDUSTRIE

## Tödliche Exporte

Die Rüstungsschmiede Heckler & Koch soll illegal mexikanische Unruheprovinzen beliefert haben.

In Oberndorf am Neckar gibt es bis Freitag keine Waffen zu kaufen. Selbst Geschäftsführer Peter Beyerle hat sich für eine Fahrradtour am Bodensee abgemeldet. Das schwäbische Rüstungsunternehmen gönnt sich Betriebsferien, obwohl zu Hause ein besonders heikler Fall auf Klärung wartet.

Staatsanwälte prüfen den Verdacht, dass Heckler & Koch im Jahr 2006 mit Exporten in mexikanische Unruheprovinzen gegen das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen haben soll. „Es laufen Ermittlungen gegen Verantwortliche der Firma“, bestätigt ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Derzeit werde die Genehmigungslage geprüft. Das Zollkriminalamt in Köln bearbeitet den Fall ebenfalls. Dort will man keine Stellungnahme abgeben.

Hintergrund des Verdachts ist eine Strafanzeige von Jürgen Grässlin, einem bundesweit bekannten Rüstungsgegner und Sprecher mehrerer Friedensorganisationen. Seit Jahren bekämpft Grässlin unter anderem die Geschäfte von Heckler & Koch, in seinen Augen „die tödlichste Firma der Welt“. Seine neueste Anzeige basiert offenbar auf Kenntnissen von Insidern.

Demnach reicht die Affäre zurück bis ins Jahr 2002. Damals soll Heckler & Koch versucht haben, in Mexiko wieder Fuß zu fassen und auch „bei den mexikanischen Polizei- und Sicherheitskräften neue Kunden zu gewinnen“, heißt es in der Anzeige, die Grässlin zusammen mit dem Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer verfasste.

Im Frühjahr 2006 sei es schließlich in Mexico City zu einer Marketingoffensive gekommen, um Sturmgewehre der Gattung G36 „insbesondere für die verschiedenen Länderpolizeien“ anzubieten. Auf das G36 vertraut auch die Bundeswehr.

Wenig später soll Heckler & Koch-Chef Beyerle laut Strafanzeige bei deutschen Regierungsvertretern geklärt haben, ob er für alle mexikanischen Bundesstaaten eine Exportbewilligung erhalten würde. Nach Rücksprache mit dem Bundeswirtschaftsministerium und in Konsultation mit dem Bundessicherheitsrat gab Berlin grünes Licht für die Lieferung von mehreren Tausend Gewehren.

Im Sommer 2006 segnete das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) den schwäbischen Plan offiziell

ab – allerdings mit einer wichtigen Einschränkung: Wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen galt die Genehmigung nicht für die mexikanischen Provinzen Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco. Dorthin durften keine Gewehre geliefert werden.

Beim Bafa staunte man darum nicht schlecht, als Heckler & Koch ein Jahr später eine Exportbewilligung für G36-Ersatzteile beantragte und auch die verbotenen mexikanischen Bundesstaaten als „Empfänger und Lieferanschrift für die Ersatzteile“ angab, heißt es in der Anzeige. Auf Nachfrage des Amtes habe die schwäbische Waffenschmiede behauptet, es handle sich um ein Versehen.

Laut Informationen von Grässlin und Rothbauer war das Schriftstück aber alles andere als ein Missgeschick. Die G36-Gewehre seien „wissentlich, gezielt und geplant in genau auch jene vier mexikanischen Bundesstaaten geliefert worden, die ausdrücklich von der Exportgenehmigung ausgenommen waren“. Das lasse sich nicht nur durch Zeugenaussagen, sondern auch durch entsprechende Reiseabrechnungen aus den Jahren 2006 bis 2009 belegen. Beyerle soll seine Berater und Vertriebsmitarbeiter zu „Vorfürhrun-



Bundeswehrosoldaten mit G36-Gewehren  
Marketingoffensive in Mexiko

gen und Geräteeinweisungen“ in die besagten Regionen geschickt haben.

„Der Vorwurf ist absurd“, sagt dagegen Firmenboss Beyerle, „wir können die gesperrten Bundesstaaten gar nicht direkt beliefern.“ Die G36-Gewehre seien an eine zentrale Einkaufsstelle in Mexiko gegangen. Die Mexikaner würden mit sogenannten Endverbleibserklärungen versichern, dass die Waffen gemäß der deutschen Ausfuhrgenehmigung verwendet werden.

Sollte ein Verstoß vorliegen, müsse man den Fehler bei den Mexikanern suchen. „Wir haben auf die Verteilung der Waffen innerhalb Mexikos keinen Einfluss“, sagt Beyerle. Von Reiseunterlagen, die die Anwesenheit von Heckler & Koch-Mitarbeitern in den gesperrten mexikanischen Regionen belegen sollen, wisse er „gar nichts“. Sein Vertriebsmitarbeiter sei zwar ab und zu in Mexiko, „aber sicher nicht in den gesperrten Bundesstaaten“.

BEAT BALZLI